

**Medienmitteilung vom 17. Dezember 2009**

## **Grüne fordern beim FILAG Optimierungen, aber keine Neuausrichtung**

**Die Grünen Kanton Bern sind der Ansicht, dass sich der Finanz- und Lastenausgleich bewährt hat. Eine grundlegende Neuausrichtung ist nicht angebracht. Beim Lastenausgleich „Sozialhilfe“ und den indirekten Änderungen im Sozialhilfegesetz ist der Veränderungsbedarf aus Sicht der Grünen geringer als in der Gesetzesvorlage. Insbesondere soll vermieden werden, dass das Gesetz durch die Reform nicht transparenter, sondern undurchsichtiger und komplexer wird. In ihrer Vernehmlassung machen die Grünen Vorschläge für Optimierungen.**

Für die Grünen hat der FILAG dazu beigetragen, einen Ausgleich zwischen finanziell sehr gut gestellten und finanziell minderbemittelten Gemeinden zu erreichen. Zudem stellt er die Grundlage für die Bereitstellung und Finanzierung eines qualitativ guten Leistungsangebots im Sozialbereich dar. Nach einer grundlegenden Neuausrichtung des FILAG besteht für die Grünen daher kein Bedarf.

Vor diesem Hintergrund begrüßen die Grünen die vom Regierungsrat erarbeitete Gesetzesrevision «FILAG 2012». Mit Ausnahme der Änderungen im Bereich der Sozialhilfe erachten die Grünen die Vorlage als ausgewogene Kompromisslösung. Beim Lastenausgleich «Sozialhilfe» und der indirekten Änderungen im Sozialhilfegesetz schätzen sie den Änderungsbedarf als weit geringer ein als der Regierungsrat und stellen konkrete Änderungsanträge.

Die Grünen bringen in ihrer Vernehmlassung folgende Grundsatzbemerkung an: Gemäss den Grundsätzen des Projekts «FILAG 2012» soll das Projekt der Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs dienen und Fehlanreize mindern. Zielsetzung einer jeden Revision von Finanz- und Lastenausgleichssystemen ist, diese einfacher und transparenter zu gestalten. Bei der vorliegenden Revision entsteht jedoch teils der Eindruck, dass der Finanz- und Lastenausgleich durch die Reformvorhaben nicht transparenter, sondern undurchsichtiger und komplexer wird. Dies gilt ganz besonders für die Vorschläge im Bereich der Sozialhilfe (Bonus-/Malus, Selbstbehalte mit soziodemographischem Ausgleich bei individueller Sozialhilfe), in verringertem Ausmass auch bei der Finanzierung der Lehrergehälter. Die Grünen erwarten, dass auf eine Bürokratisierung und Aufblähung des heute gut funktionierenden Systems verzichtet wird.

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, 079 263 47 68